

PRESSEMITTEILUNG

Über 130.000 Unterschriften für den Erhalt der medizinischen Fakultät an die Landesregierung übergeben

Am 13. Juli wurden 130.344 Unterschriften an den Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Peter-Harry Carstensen, übergeben. Es ist ein weiterer beeindruckender Beleg wie viele Menschen sich in den vergangenen acht Wochen deutlich und vehement gegen die kurzsichtige Kürzungspolitik der Landesregierung ausgesprochen haben.

„Wir danken alle jenen, die mit ihrer Person für die Uni Lübeck einstehen und unsere zurückliegenden Aktionen solidarisch und engagiert begleitet haben“, so Linda Krause, Vorsitzende des AStA, allerdings glauben wir erst an den Erfolg, wenn uns entsprechende Beschlüsse der Landesregierung schwarz auf weiß vorliegen.

„Die Studienplätze müssen den mündlichen Zusagen entsprechend in vollem Umfang erhalten werden.“, ergänzt Georg Engelbart, AStA Referent für Politik, und verdeutlicht: „Hierbei ist entscheidend, dass auch der Landeszuschuss für Forschung und Lehre in voller Höhe gesichert ist.“

Für einigen Ärger sorgte allerdings der von Herrn Carstensen verlesene Brief des Lübecker Uni Präsidenten Peter Dominiak. In diesem bedankt er sich im Namen der Universität für das „Verhandlungsgeschick“ des Ministerpräsidenten. Dazu Georg Engelbart: „Vor dem Hintergrund der vorausgegangenen Rede von Herrn Martinetz, der deutliche Worte für das inakzeptable Vorgehen der Regierung fand, ist die Aussage von Herrn Dominiak geradezu zynisch. Nicht die Fähigkeiten von Herrn Carstensen oder Herrn de Jager haben zum Erhalt der Uni beigetragen, vielmehr hat Bundesforschungsministerin Schavan der unter massiven öffentlichen Druck stehenden Landesregierung den Hals gerettet.“

„Wir haben kein Verständnis für die warmen Dankesworte an die Adresse der Staatskanzlei. Das erwartet man vielleicht von der CDU-Fraktion, nicht aber vom Präsidenten der betroffenen Universität. In dieser Form ist dieser Brief vor allem enttäuschend, ärgerlich und unnötig“, kritisiert Engelbart. Es sei ganz im Gegenteil an der Politik wieder ein gutes Arbeitsverhältnis zur Universität zu schaffen. Der AStA teilt in diesem Punkt die Meinung des Wissenschaftsministers a.D. Werner Marnette, der in seinem offenen Brief vom 11. Juli eine Entschuldigung von Seiten der Landesregierung einforderte.

Der Allgemeine Studierendenausschuss der Uni Lübeck